

## MELDUNGEN

## SPD will am Montag über neue Spitze entscheiden

BERLIN (dpa/rtr) Nach der Rückzugsankündigung von SPD-Chef Norbert Walter-Borjans will die SPD zügig über die neue Parteispitze entscheiden: „Wir werden die Nachfolge unangefangene und in enger Abstimmung miteinander klären“, sagte Walter-Borjans am Dienstag. Wie die Nachrichtenagentur Reuters am Abend unter Berufung auf eine Vorstandskonferenz berichtete, soll eine Vorselektion schon am Montag fallen. Der Vorstand wolle dann einen Personalvorschlag für die Doppelspitze beschließen. Co-Parteichefin Saskia Esken wolle bis dahin entscheiden, ob sie erneut kandidiere. Zudem werde fest damit gerechnet, dass Generalsekretär Lars Klingbeil für den Parteivorsitz antritt.

## Polizisten trainieren am Holocaust-Mahnmal

BERLIN (dpa) Das Holocaust-Mahnmal in Berlin ist von Polizisten für das Training von Liegestützen missbraucht worden. Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik bat um Entschuldigung und verurteilte die Aktion vom Pfingstwochenende. „Das Verhalten der Kollegen ist eine Missachtung dessen, wofür gerade dieses Mahnmal steht und entspricht nicht der Achtung, die ihm entgegengebracht werden muss und die ihm von der Polizei Berlin auch entgegengebracht wird“, teilte Slowik mit. „Es verletzt für mich zudem das Andenken an die Ermordeten.“

## Drei Tote bei Explosion vor Klinik in Kabul

KABUL (ap) Eine Explosion vor einem Militärhospital in Kabul hat am Dienstag drei Menschen das Leben gekostet. Mindestens 16 weitere Personen wurden verletzt, wie die Behörden mitteilten. Der Sprengsatz sei vor dem Sardar-Mohammed-Dawud-Chan-Krankenhaus in der afghanischen Hauptstadt detoniert, twitterte der Sprecher des Innenministeriums, Said Chosti. Spezialkräfte seien vor Ort im Einsatz. Zu dem Anschlag bekannte sich zunächst niemand.

## Fast 50.000 Obdachlose in Nordrhein-Westfalen

VON KIRSTEN BIALDIGA

DÜSSELDORF Die Zahl der Obdachlosen in Nordrhein-Westfalen hat sich seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP binnen drei Jahren um mehr als 50 Prozent erhöht. Waren 2017 noch 32.286 Menschen in NRW obdachlos, so stieg ihre Zahl bis 2020 auf 49.987, referierte die oppositionelle SPD Zahlen des CDU-geführten Landessozialministeriums. „Es ist höchste Zeit für einen sozialen Neustart in der NRW-Wohnungspolitik“, sagte SPD-Fraktionsvize

## Der CDU-Zug kommt ins Rollen

Hinter den Kulissen wird bereits mit harten Bandagen um den Parteivorsitz gekämpft. Besonders zornig: Jens Spahn. Einstimmig votierte der Vorstand aber für eine Mitgliederbefragung. Auch ein Zeitplan wurde verabschiedet.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Julia Klöckner, noch stellvertretende CDU-Parteivorsitzende, beschrieb die Lage ihrer Partei am Dienstagmorgen so: „Man hat den Eindruck, dass der Zug schon rollt, und die CDU steht noch im Bahnhof.“ Nun hat die Union die Signale allerdings auf „Grün“ gestellt, die Partei will nach der verlorenen Bundestagswahl endlich loszucken.

Nachdem die Kreisvorsitzenden sich am Samstag mit großer Mehrheit für eine Mitgliederbefragung zur Wahl des neuen Vorsitzenden ausgesprochen hatten, zurrte der Bundesvorstand das Verfahren einstimmig fest. Nach dem vereinbarten Zeitplan sollen die rund 400.000 Parteigänger ab dem 3. Dezember die Wahlzettel erhalten und ab dem 4. Dezember abstimmen können. Für den 17. Dezember sind Auszählung und Verkündung des Ergebnisses geplant. Sollte eine Stichwahl nötig werden, soll sie am 29. Dezember starten, deren Ergebnis würde dann am 14. Januar vorliegen. Ab dem 21. Januar folgt dann ein Parteitag in Hannover, der laut CDU-Statuten den neuen Vorsitzenden wählen muss. „Wenn man eine Befragung will, geht das nicht huschusch“, so ein Vorstandsmitglied.

Noch-Parteichef Armin Laschet betonte vor der Presse: „Das ist ein guter Weg, um zu einem Neustart der CDU zu kommen.“ Er legte Wert auf die Feststellung, das Verfahren sei eine „einmalige“ Angelegenheit, man werde nicht die Statuten der Union ändern. „Die ersten Bewerbungen sollten eintreffen ab dem kommenden Samstag“, betonte Laschet weiter. Die Nominierung eines Kandidaten muss durch eine offizielle CDU-Gliederung erfolgen, etwa durch einen Landesverband. Vom 15. November an werden die Mitglieder über die Befragung zum Parteivorsitz informiert werden. Die Anwärter sol-



Noch-CDU-Chef Armin Laschet stellte am Dienstag den Fahrplan für eine Befragung der Mitglieder vor.

FOTO: MARKUS SCHREIBER/AP

len sich dann über digitale Formate vorstellen, auch können die Kreisverbände sie einladen.

Laschet sagte, er werde weiter versuchen, eine „gemeinschaftliche“ Lösung zu finden, womöglich durch ein Team. Viel Zeit bis zum kommenden Wochenende bleibt da nicht. Sollte es am Ende nur einen Kandidaten geben, müsse neu beraten werden, ob man noch eine Mitgliederbefragung brauche. Aber die Planungen, erklärte der Vorsitzende, seien darauf ausgelegt, „dass es zwei oder drei geben wird“. Doch wer geht nun ins Rennen?

Über Personalfragen sei nicht gesprochen worden, hieß es. Auch habe niemand „die Hand gehoben“. Einer zeigte sich freilich nach den Gremien verärgert – Jens Spahn. Denn während der Vorstandssitzung kursierte die Nachricht, er wolle im Rennen um den Parteivorsitz aufgeben. Spahn reagierte auf Nachfrage zornig: „Manche Meldungen spornen eher an als dass sie mürbemachen.“ Das zeigt: Hinter den Kulissen der CDU wird derzeit mit harten Bandagen gekämpft, Gerüchte werden gestreut, Meldungen bewusst lanciert, ob wahr oder unwahr. Dazu gehört auch die eines Gesprächs zwischen Merz und Spahn über den Vorsitz. Insider versichern glaubhaft, dass es eine solche Unterredung nicht gegeben habe. Beide mögen sich in Wahrheit auch nicht sonderlich, was unter anderem mit einer umstrittenen Äußerung von Merz zur Möglichkeit eines schwulen Bundeskanzlers aus dem vergangenen Jahr zu tun haben soll.

Nach wie vor werden die fünf Namen der Männer aus Nordrhein-Westfalen genannt (siehe Infokasten). Merz braucht freilich dringender ein Team mit Jüngeren als andere: Er ist zwar der Liebling weiterer Teile der Basis, deren Altersdurchschnitt bei gut 60 Jahren liegt. Merz ist bald 66. Bei der nächsten Bundestagswahl wäre er 70, der Saarländer steht also nicht gerade für Zukunft. Gleichwohl wird ihm zu-

## INFO

## Fünf Politiker sind aktuell im Gespräch

**Vorsitz** Im Gespräch sind derzeit gleich fünf Namen von Politikern aus NRW, die den Vorsitz der CDU übernehmen wollen.

**Namen** Genannt werden Friedrich Merz, Gesundheitsminister Jens Spahn, dazu Außenexperte Norbert Röttgen, Fraktionschef Ralph Brinkhaus und Mittelstandschef Carsten Linnemann.

getraut, als eine Art „Sanierer“ der Partei wieder ein kantigeres Profil zu geben.

Allerdings: Auch Spahn könnte ein überzeugendes Team helfen. Im Vorstand soll er dem Vernehmen nach noch einmal klargestellt haben, von einer Mitgliederbefragung nichts zu halten. Trotzdem stimmte er zu. Der 41-Jährige allein hätte wohl keine Chance an der Basis, sein Corona-Management war nicht überzeugend, vielen ist er nach wie vor zu ehrgeizig. Freilich kann Spahn gut mit Carsten Linnemann, 41. Für den Mittelstandschef käme eine eigene Bewerbung wohl zu früh, betonen Insider. Sollte es am Ende Merz doch gelingen, beide ins Boot zu holen, wäre dies ein Trio, das kaum zu schlagen wäre. Und Spahn könnte sich Hoffnungen auf die Kanzlerkandidatur 2025 machen.

Das Nachsehen hätte dann womöglich Norbert Röttgen, 56, der nicht müde wird, sich abzugrenzen und dafür wirbt, dass sich die CDU in der Opposition in die „moderne Mitte“ bewegen müsse. Der Name von Ralph Brinkhaus fällt hinter den Kulissen freilich kaum noch, was nicht heißt, dass er seinen Hut nicht noch in den Ring werfen könnte. Als Parteichef wäre ihm der Fraktionsvorsitz dann nicht zu nehmen. Kurzum: Es bleibt kompliziert bei der Union.

Christian Dahm am Dienstag. Schon heute verschlinge die Miete in Städten wie Düsseldorf, Köln, Bielefeld, Dortmund und Bochum mindestens die Hälfte des Einkommens.

Die SPD will das Thema „bezahlbaren Wohnraum“ zu einem ihrer Kernthemen im Landtagswahlkampf machen. Bestätigt sieht sich die SPD-Opposition durch eine von ihr in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey. Danach haben 44,4 Prozent der Befragten Sorge, dass sie sich ihre Wohnung oder ihr Haus künftig nicht mehr

leisten können. 46,7 Prozent haben diese Sorge nicht.

Andreas Becker, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kritisierte, dass die NRW-Landesregierung Bundesgesetze wie das sogenannte Baulandmobilisierungsgesetz, die zur Entspannung des Wohnungsmarkts beitragen könnten, nicht anwende: „Die Bauministerin bewegt sich hier nicht einen Millimeter.“ Mit dem Gesetz könne das Bundesland Gebiete festlegen, in denen die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen erschwert wird.

Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU) wehrte sich gegen den Vorwurf und verwies auf die Kommunen: „In den Städten, in denen in der Vergangenheit zu wenig Bauland zur Verfügung gestellt wurde, hat die Landesregierung in die Preise an den Märkten eingegriffen: Hier wird sich zeigen, ob die kommunale Politik ihrem Auftrag gerecht wird, für mehr Bauland zu sorgen.“ Der SPD gehe es um „politische Geländegewinne“. Als nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung bezeichnete Becker eine schwarz-gelbe Initiative, die an diesem Mittwoch

voranschicklich mit der Regierungsmehrheit verabschiedet wird. CDU und FDP wollen das Projekt „Endlich ein Zuhause!“ auf alle Kreise und Städte ausweiten und finanziell besser ausstatten, weil hierdurch 2000 Menschen in Wohnraum vermittelt oder vor Wohnungsverlust bewahrt worden seien. „Die NRW-Koalition aus FDP und CDU hat den Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu einem Schwerpunkt ihrer Sozialpolitik gemacht und die in diesem Bereich eingesetzten Mittel seit dem Regierungswechsel 2017 um mehr als das Siebenfache von einer Milli-

on Euro auf 7,16 Millionen Euro erhöht“, sagte Stefan Lenzen, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, unserer Redaktion.

„Wohnungslosigkeit ist in NRW leider flächendeckend ein Thema. Deshalb darf es bei Prävention und Akuthilfe keine blinden Flecken geben“, sagte auch CDU-Fraktionskollege Peter Preuß. Das Projekt solle zudem so weiterentwickelt werden, dass die Angebote auf Frauen, Jugendliche oder Menschen mit Migrationshintergrund stärker zugeschnitten seien. Verdeckte Wohnungslosigkeit etwa ist bei Frauen stark ausgeprägt.

## Viele Schüler behalten ihre Maske weiterhin auf

DÜSSELDORF (kib/vo) Am ersten Tag ohne Masken am Sitzplatz haben viele Schüler in NRW den Mund-Nasen-Schutz dennoch getragen. In vielen Klassen habe es nur ein oder zwei Schüler gegeben, die ihre Masken im Klassenzimmer abgesetzt hätten, berichteten Lehrer und Schüler aus verschiedenen Teilen des Landes. Auch Lehrer verzichteten vielfach nur vereinzelt auf den Maskenschutz.

In Krefeld, wo sich die Kommune der Landesregierung widersetzen wollte, trug die überwältigende Mehrheit der Schüler aller Stufen ebenfalls weiterhin am Sitzplatz eine Maske. Eltern hätten in manchen Klassen unisono geraten, die Maske weiter zu tragen. Einige Schulleiter appellierten in E-Mails, freiwillig die Maske zu tragen. NRW-Schulministerin Yvonne

Gebauer (FDP) hatte die Maskenpflicht am Sitzplatz vom 2. November an für beendet erklärt. „Ziel der Landesregierung ist es, den Infektionsschutz und das Recht auf Bildung in Einklang zu bringen“, verteidigte ihr Ministerium gegenüber unserer Redaktion am Dienstag die Entscheidung angesichts steigender Infektionszahlen. Es gebe ein sicheres Testkonzept, die Quarantäneregeln seien ausgeweitet worden.

Lehrerverbände erneuerten ihre Kritik: „Wir fragen uns, wie ernst es dem Ministerium für Schule und Bildung mit dem Bekenntnis zum Präsenztunterricht ist“, sagte Sabine Mistler, Vorsitzende des Pädagogischen Verbands in NRW. Zu Beginn der dunklen Jahreszeit und bei gleichzeitig rasant steigenden Infektionszahlen sei der Wegfall der Maskenpflicht ein unkalkulierbares Risiko.

## 100 Staaten wollen Waldzerstörung stoppen

Eine globale Allianz will die Entwaldung bis 2030 aufhalten. Umweltschützer haben ihre Zweifel.

VON JAN DREBES

GLASGOW Mehr als 100 Staaten haben auf der Weltklimakonferenz in Glasgow einen Pakt geschlossen, um spätestens bis 2030 die Zerstörung von Wäldern und anderen wertvollen Ökosystemen zu stoppen. Die beteiligten Länder verfügen über 85 Prozent der weltweiten Waldfläche, also etwa 34 Millionen Quadratkilometer, wie die britische COP26-Präsidentschaft bekanntgab.

An den Pakt zum Schutz der Wälder angeschlossen haben sich Deutschland und die gesamte EU, aber vor allem auch die Staaten mit den größten Wäldern überhaupt: Kanada, Russland, Brasilien, Kolumbien, Indonesien sowie China, Norwegen und die Demokratische Republik Kongo. Für das Vorhaben sollen bis 2025 etwa zwölf Milliarden US-Dol-

lar (rund 10,3 Milliarden Euro) an öffentlichen Geldern mobilisiert werden. Hinzu kommen 7,2 Milliarden US-Dollar an privaten Investitionen.

Den Wäldern kommt eine enorme Bedeutung beim Klimaschutz zu. Insbesondere die Tropenwälder stellen einen gigantischen Kohlenstoffspeicher dar: Sie binden aufgrund ihrer gewaltigen Biomasse 50 Mal mehr Kohlenstoff als andere Wälder. Werden sie gerodet, setzen sie diese Mengen in Form von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) wieder frei.

Die Zerstörung der Wälder hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Der Mensch hat bereits die Hälfte aller Wälder weltweit vernichtet, auch wenn das Tempo der Zerstörung in

den vergangenen Jahren leicht abgenommen hat. Allein die Zerstörung der Tropenwälder ist nach Angaben der Organisation Global Forest Watch daher für etwa acht Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

Einer der häufigsten Treiber der Entwaldung ist demnach die Ausweitung von kommerzieller Landwirtschaft. In vielen Fällen müssen Wälder auch dem Bergbau oder der anderweitigen Gewinnung von Rohstoffen weichen. Eine dritte Ursache der Entwaldung ist der Bau von Infrastruktur wie Straßen oder Wasserkraftwerken sowie die Expansion von Städten. Auch Brände tragen in zunehmendem Maße zur Vernichtung der Wälder bei.

Experten kommentierten die Pläne teilweise mit Skepsis. Greenpeace kritisierte, dass die Glasgower Initiative praktisch grünes Licht gebe für ein weiteres Jahrzehnt der Entwaldung. Eine ähnliche Erklärung aus dem Jahr 2014 habe sich als vollkommen wirkungslos erwiesen, sagte etwa der Klima- und Waldexperte Simon Lewis vom University College London der BBC. Silvia Holten von World Vision sprach von einer „halbgenen Mogelpackung“. Auch der World Wildlife Fund (WWF) zeigte sich skeptisch. „Die Ankündigung der Staats- und Regierungschefs zeigt in die richtige Richtung, droht jedoch zu verpuffen, wenn sie nicht zügig mit verbindlichen Abkommen abgesichert wird“, sagte Susanne Winter, Programmleiterin Wald beim WWF Deutschland.

## „Die Erklärung ist eine halbgen Mogelpackung“

Silvia Holten  
World Vision